

**Einwohnerfragestunde in der
31. öffentlichen Sitzung der Stadtverordnetenversammlung
am 07. September 2022**

Themenübersicht

Gemäß Anlage 1 - Richtlinie zur Regelung der Einwohnerfragestunde in der Stadtverordnetenversammlung - der Geschäftsordnung der Stadtverordnetenversammlung der Landeshauptstadt Potsdam vom 04. März 2021, prüft der Hauptausschuss in seiner Sitzung am 31. August 2022 die eingereichten Fragen.

Die für die Einwohnerfragestunde eingereichten Fragen betreffen folgende Themen:

- Umsetzung und Beschleunigung der Wärmewende in der Stadt Potsdam
- Klimanotstand

- | | | | |
|-----|-------------|---|--|
| 5.4 | 22/SVV/0415 | Zwischenerwerb im Baulandmodell - Pilotverfahren Marquardt | <u>Ausschuss für Stadtentwicklung, Bauen, Wirtschaft und Entwicklung des ländlichen Raumes</u>
Zustimmung 8:0:1

<u>Ortsbeirat Marquardt</u>
einstimmige Zustimmung |
| 5.5 | 22/SVV/0416 | Satzung über die Erhebung von Kostenersatz bei Leistungen der Feuerwehr der Landeshauptstadt Potsdam (Feuerwehrkostenersatzsatzung) | <u>Ausschuss für Finanzen</u>
Zustimmung 6:0:2

<u>Ausschuss für Ordnung und Sicherheit</u>
einstimmige Zustimmung |
| 5.6 | 22/SVV/0417 | Satzung über die Erhebung von Gebühren bei Leistungen der Feuerwehr der Landeshauptstadt Potsdam (Feuerwehrgebührensatzung) | <u>Ausschuss für Finanzen</u>
Zustimmung 6:0:2

<u>Ausschuss für Ordnung und Sicherheit</u>
einstimmige Zustimmung |
| 5.7 | 22/SVV/0419 | Änderung des Gesellschaftsvertrages der Stadtwerke Potsdam GmbH | <u>Hauptausschuss</u>
einstimmige Zustimmung |
| 5.8 | 22/SVV/0456 | Aufhebung des Beschlusses 19/SVV/0193 'Schulstandort Waldstadt Süd' und weiteres Verfahren

+ Ea CDU vom 31.05.22

+ Ea CDU und Freie Demokraten vom 17.08.22 | <u>Ausschuss für Stadtentwicklung, Bauen, Wirtschaft und Entwicklung des ländlichen Raumes</u>
Zustimmung 7:0:2 mit folgender Ergänzung im Punkt 4 (entspricht dem Ea der Fraktion CDU vom 31.05.2022): |

1...

2...

3...

4. Der Oberbürgermeister wird beauftragt, im Rahmen der Fortschreibung der Integrierten Sportentwicklungsplanung eine qualifizierte Sportanlagenstandortplanung in Auftrag zu geben, die die im Sportentwicklungsplan identifizierten Bedarfe des Potsdamer Sports nach einer nachvollziehbaren Abwägung öffentlich-rechtlicher Belange standortscharf abbildet.

Bei der Sportanlagenstandortplanung sind die im neu auszulegenden Bebauungsplans Nr. 142 wegfallenden Flächen mit zu berücksichtigen.

Ausschuss für Bildung und Sport
 Zustimmung 5:0:1 zur Fassung des Ausschusses für Stadtentwicklung, Bauen, Wirtschaft und Entwicklung des ländlichen Raumes

Ausschuss für Klima, Umwelt und Mobilität
einstimmige Zustimmung zur Fassung des Ausschusses für Stadtentwicklung, Bauen, Wirtschaft und Entwicklung des ländlichen Raumes

Wiedervorlagen aus den Ausschüssen – Anträge der Fraktionen/Ortsbeiräte

TOP:

- 6.1 21/SVV/1201** Bürgerbefragung zu Rechenzentrum und Garnisonkirche Ausschuss für Partizipation, Transparenz und Digitalisierung
abgelehnt 3:4:0
Hauptausschuss
zurückgestellt
- 6.2 22/SVV/0259** Baumfällung bei Bauvorhaben Ausschuss für Stadtentwicklung, Bauen, Wirtschaft und Entwicklung des ländlichen Raumes
durch Verwaltungshandeln erledigt
Ausschuss für Klima, Umwelt und Mobilität
durch Verwaltungshandeln erledigt
- 6.3 22/SVV/0299** "Einsatztagebuch" für den Inspektionsaußendienst einführen Ausschuss für Ordnung und Sicherheit
durch Verwaltungshandeln erledigt
- 6.4 22/SVV/0305** Erinnerungsorte der Kolonialgeschichte Ausschuss für Kultur
Zustimmung 6:0:1 mit folgender Ergänzung im 3. Absatz:

...

...

Dabei soll die Zusammenarbeit mit wissenschaftlichen **und kulturellen** Einrichtungen sowie mit zivilgesellschaftlichen und antirassistischen Initiativen angestrebt werden.

...

- 6.5 22/SVV/0312** Verwendung der finanziellen Mittel für den Übergang der L92 zwischen B2 und B273 für den Bau des Fuß- und Radweges von Fahrland nach Marquardt Ortsbeirat Marquardt
einstimmige Zustimmung mit folgender Ergänzung im 1. Absatz (entspricht dem Ea der Fraktion CDU vom 02.05.2022):
+ Ea CDU vom 02.05.22

Der Oberbürgermeister wird aufgefordert, nach dem nun erfolgten Übergang der Straßenbaulast inkl. Ausgleichszahlungen vom Land an die Stadt die Planungsmittel für die Maßnahme 2 „Marquardter Straße (L 92) zwischen Fahrland und der B 273 - Bau eines gemeinsamen Geh- und Radwegs“ (Priorität I im Radverkehrskonzept 2017) **sowie für den 1.000 Meter Lückenschluss auf der Satzkorner Bergstraße (zwischen dem Bolzplatz und dem Kreisverkehr an der B 273)** unverzüglich bereitzustellen und die Realisierung in den Folgehaushalten ab 2023 sicherzustellen.

...

...

Ausschuss für Finanzen

einstimmige Zustimmung mit folgender Ergänzung im 1. Absatz:

Der Oberbürgermeister wird aufgefordert, nach dem nun erfolgten Übergang der Straßenbaulast inkl. Ausgleichszahlungen vom Land an die Stadt die **Bereitstellung der** Planungsmittel für die Maßnahme 2 „Marquardter Straße (L 92) zwischen Fahrland und der B 273 - Bau eines gemeinsamen Geh- und Radwegs“ (Priorität I im Radverkehrskonzept 2017) ~~unverzüglich bereitzustellen~~ **vorzubereiten** und die Realisierung in den Folgehaushalten ab 2023 sicherzustellen.

...

...

Ortsbeirat Fahrland

Ea Fraktion CDU **abgelehnt** 0:7:2

einstimmige Zustimmung mit folgender Ergänzung im 3. Absatz:

...

...

Dem KUM **sowie den Ortsbeiräten Fahrland und Marquardt** ist bis zum Abschluss des Baus jährlich über den Fortschritt zu berichten, beginnend im 3. Quartal 2022.

Ortsbeirat Satzkorn

einstimmige Zustimmung mit folgender Ergänzung im 1. Absatz (entspricht dem Ea der Fraktion CDU vom 02.05.2022):

Der Oberbürgermeister wird aufgefordert, nach dem nun erfolgten Übergang der Straßenbaulast inkl. Ausgleichszahlungen vom Land an die Stadt die Planungsmittel für die Maßnahme 2 „Marquardter Straße (L 92) zwischen Fahrland und der B 273 - Bau eines gemeinsamen Geh- und Radwegs“ (Priorität I im Radverkehrskonzept 2017) **sowie für den 1.000 Meter Lückenschluss auf der Satzkorner Bergstraße (zwischen dem Bolzplatz und dem Kreisverkehr an der B 273)** unverzüglich bereitzustellen und die Realisierung in den Folgehaushalten ab 2023 sicherzustellen.

...

...

Ausschuss für Klima, Umwelt und Mobilität

einstimmige Zustimmung mit der Übernahme der empfohlenen Änderungen aus den Ortsbeiräten Marquardt, Fahrland und Satzkorn sowie dem Ausschuss für Finanzen und der Terminanpassung wie folgt:

Der Oberbürgermeister wird aufgefordert, nach dem nun erfolgten Übergang der Straßenbaulast inkl. Ausgleichszahlungen vom Land an die Stadt die **Bereitstellung der Planungsmittel** für die Maßnahme 2 „Marquardter Straße (L 92) zwischen Fahrland und der B 273 - Bau eines gemeinsamen Geh- und Radwegs“ (Priorität I im Radverkehrskonzept 2017) **sowie für den 1.000 Meter Lückenschluss auf der Satzkorner Bergstraße (zwischen dem Bolzplatz und dem Kreisverkehr an der B 273)** unverzüglich ~~bereitzustellen~~ **vorzubereiten** und die Realisierung in den Folgehaushalten ab 2023 sicherzustellen.

Mit Hilfe dieser finanziellen Eigenmittel ist umgehend mit der Planung sowie dem notwendigen Grunderwerb und der Einwerbung von Fördermitteln für den Bau zu beginnen.

Dem KUM **sowie den Ortsbeiräten Fahrland und Marquardt** ist bis zum Abschluss des Baus jährlich über den Fortschritt zu berichten, beginnend im ~~3.~~ **4. Quartal 2022**.

- 6.6 **22/SVV/0362** Potsdam als Gastgeberstadt des Deutschen Chorfestes des Ausschuss für Finanzen
abgelehnt 0:6:0
- Ausschuss für Kultur
abgelehnt 1:5:1
- 6.7 **22/SVV/0370** Sitzungskalender 2023
- Alle Ortsbeiräte und Werksausschuss Kommunaler Immobilien Service:
siehe Anlage 1 zu den Stellungnahmen
- Ausschuss für Gesundheit, Soziales, Wohnen und Inklusion
einstimmige Zustimmung einschließlich einer Verlegung vom **13.06.2023 auf den 04.07.2023**
- Ausschuss für Finanzen
einstimmige Zustimmung
- Ausschuss für Klima, Umwelt und Mobilität
einstimmige Zustimmung

Jugendhilfeausschuss
einstimmige Zustimmung
einschließlich einer Vorverlegung
vom 21.12.2023 auf den
14.12.2023

Ausschuss für Stadtentwicklung,
Bauen, Wirtschaft und Entwicklung
des ländlichen Raumes
einstimmige Zustimmung

Ausschuss für Ordnung und
Sicherheit
Zustimmung 5:0:1

Hauptausschuss
Zustimmung 14:0:2

Rechnungsprüfungsausschuss
einstimmige Zustimmung mit
folgenden Änderungen:
11.05.2023 streichen, dafür
27.04.2023
28.09.2023 streichen, dafür
14.09.2023
16.11.2023 streichen, dafür
23.11.2023

Ausschuss für Partizipation,
Transparenz und Digitalisierung
einstimmige Zustimmung

Ausschuss für Bildung und Sport
einstimmige Zustimmung

Ausschuss für Kultur
einstimmige Zustimmung

6.8 22/SVV/0430 Tempo 30 als Regelhöchstgeschwindigkeit erproben - für mehr Sicherheit, weniger Lärm und bessere Luft!

Ausschuss für Klima, Umwelt und
Mobilität
Zustimmung 5:0:2 mit folgender
Ergänzung im Punkt 2 und einer
Terminanpassung im Punkt 3:

1. ...
2. Der Oberbürgermeister wird beauftragt, die Rahmenbedingungen für einen Modellversuch zur testweisen Einführung von Tempo 30 als Regelgeschwindigkeit innerorts in einem abgegrenzten Stadtgebiet zu untersuchen und anschließend den Modellversuch durchzuführen, **sofern die gesetzlichen Voraussetzungen geschaffen worden sind.**
3. Dem Ausschuss für Klima, Umwelt und Mobilität ist bis Ende des 3. 4. Quartals 2022 ein Vorschlag zu unterbreiten, welches abgegrenzte Stadtgebiet in Potsdam für einen solchen Modellversuch sinnvoll nutzbar wäre.
4. ...

- 6.9 22/SVV/0431 Erhöhung des Budgets des ausgeschöpften Klimaschutzförderprogramms im Jahr 2022
+ NF Bündnis 90/Die Grünen vom 01.06.22 Ausschuss für Klima, Umwelt und Mobilität
zurückgestellt
- 6.10 22/SVV/0435 Optimierung der Straßenreinigung Ausschuss für Ordnung und Sicherheit
abgelehnt 4:5:0
- 6.11 22/SVV/0437 Gründerpreis der Landeshauptstadt Potsdam Ausschuss für Stadtentwicklung, Bauen, Wirtschaft und Entwicklung des ländlichen Raumes
Zustimmung 8:1:0 mit folgenden Änderungen/Ergänzungen:

~~Der Oberbürgermeister wird beauftragt, einen jährlichen Potsdamer Gründerpreis ins Leben zu rufen, der besonders innovative Start-ups mit Unternehmenssitz in Potsdam auszeichnet.~~
in einem Exposé einen jährlich auszulobenden Gründerpreis zu prüfen, der Start-ups mit Unternehmenssitz in Potsdam auszeichnen soll.

Das Exposé sollte neben fachlich-inhaltlichen Vorfestlegungen auch Vergabekriterien, Auswahlgremien und Aussagen zu damit verbundenen Kosten enthalten.

Für die Ausrichtung des Gründerpreises können zum Beispiel die gründungsfördernden Institutionen aus dem Gründerforum Potsdam und weitere Akteure als Kooperationspartner gewonnen werden.

Den Stadtverordneten ist im November 2022 ~~ein Konzept~~ **dieses Exposé** vorzulegen. Dabei sollen den Stadtverordneten unter anderem Vorschläge bezüglich möglicher inhaltlicher Schwerpunktsetzung, der Vergabekriterien, der Juryzusammensetzung und des Inhalts des Preises unterbreitet werden.

- 6.12 22/SVV/0440 Aufkommensneutrale Neuregelung der Grundsteuer Ausschuss für Gesundheit, Soziales, Wohnen und Inklusion
abgelehnt 2:7:0
Ausschuss für Finanzen
abgelehnt 1:6:1
- 6.13 22/SVV/0445 Umwelt-/ Mülldetektive in der Landeshauptstadt Potsdam Ausschuss für Ordnung und Sicherheit
Einstimmige Zustimmung zu folgender neuen Fassung:

Der Oberbürgermeister wird beauftragt zu prüfen, ob es in der Landeshauptstadt Potsdam einen Bedarf von „Umwelt-/ Mülldetektiven“ gibt.

Die Ergebnisse sind im Ausschuss für Ordnung und Sicherheit im 1. Quartal 2023 vorzustellen.

6.14	22/SVV/0447	Anpassung der Vergabekriterien für den kommunalen Klimafonds	<u>Ausschuss für Klima, Umwelt und Mobilität</u> zurückgestellt
6.15	22/SVV/0448	Zusätzliche Überquerung im Bereich Breite Straße	<u>Ausschuss für Klima, Umwelt und Mobilität</u> durch Verwaltungshandeln erledigt
6.16	22/SVV/0450	Schaffen von Wohnraum in Potsdam	<u>Ausschuss für Gesundheit, Soziales, Wohnen und Inklusion</u> abgelehnt 2:7:0 <u>Ausschuss für Stadtentwicklung, Bauen, Wirtschaft und Entwicklung des ländlichen Raumes</u> durch Verwaltungshandeln erledigt

Vorab beraten:

7.7	22/SVV/0665	Die Konzentration der Verwaltung der Landeshauptstadt Potsdam auf dem Campus Innenstadt	Vorabbehandlung im <u>Werksausschuss Kommunaler Immobilien Service - informativ</u> <u>Ausschuss für Stadtentwicklung, Bauen, Wirtschaft und Entwicklung des ländlichen Raumes</u> zur Kenntnis genommen <u>Hauptausschuss</u> Zustimmung 11:0:5 mit folgender Ergänzung:
-----	-------------	---	--

1. Die Konzentration der Verwaltung der Landeshauptstadt Potsdam auf dem Campus Innenstadt.
2. Die Aufhebung des Beschlusses 21/SVV/1214 zur Charakterisierung der zukünftigen Verwaltungsstandorte.

Die Entscheidung über die Positionierung vom Plenarsaal, die Fraktionen und Bürgerbeteiligung im Stadtgebiet (Plantage oder Campus) erfolgt zu einem späteren Zeitpunkt.

Anlage 1 zu den Stellungnahmen:

DS 22/SVV/0370 – Sitzungskalender 2023

Ortsbeirat Grube

23.01.2023
27.02.2023
27.03.2023
24.04.2023
22.05.2023
26.06.2023
28.08.2023
25.09.2023
16.10.2023
27.11.2023
18.12.2023

Ortsbeirat Marquardt

28.02.2023
21.03.2023
30.05.2023
27.06.2023
19.09.2023
17.10.2023
28.11.2023
12.12.2023

Ortsbeirat Uetz-Paaren

20.02.2023
27.03.2023
22.05.2023
26.06.2023
25.09.2023
16.10.2023
20.11.2023
18.12.2023

Ortsbeirat Fahrland

18.01.2023
22.02.2023
22.03.2023
19.04.2023
24.05.2023
28.06.2023
30.08.2023
27.09.2023
18.10.2023
29.11.2023
20.12.2023

Ortsbeirat Golm

19.01.2023
23.02.2023
16.03.2023
20.04.2023
25.05.2023
22.06.2023
13.07.2023
31.08.2023
28.09.2023
19.10.2023
30.11.2023
21.12.2023

Ortsbeirat Eiche

26.01.2023
23.02.2023
23.03.2023
27.04.2023
25.05.2023
29.06.2023
28.09.2023
19.10.2023
30.11.2023
14.12.2023

Ortsbeirat Neu Fahrland

15.02.2023
22.03.2023
24.05.2023
28.06.2023
23.08.2023
20.09.2023
18.10.2023
22.11.2023
20.12.2023

Ortsbeirat Satzkorn

16.02.2023
30.03.2023
25.05.2023
22.06.2023
28.09.2023
19.10.2023
30.11.2023
14.12.2023

Ortsbeirat Groß Glienicke

17.01.2023
14.02.2023
14.03.2023
18.04.2023
16.05.2023
20.06.2023
19.09.2023
17.10.2023
21.11.2023
12.12.2023

Werksausschuss Kommunaler Immobilien Service

10.02.2023
24.03.2023
26.05.2023
07.07.2023
29.09.2023
01.12.2023



Sitzung der Stadtverordnetenversammlung am: 07.09.2022

Titel des Antrages:

Mitgliedergewinnung in den Freiwilligen Feuerwehren der Landeshauptstadt Potsdam

Drucksache Nr.: 22/SVV/0727

TOP: 7.1

Stellungnahme der Verwaltung

1. Rechtliche Einschätzung

Alle Maßnahmen sind rechtlich zulässig.

2. Berücksichtigung im Haushaltsplan

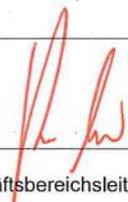
Die Punkte zur Stärkung der Mitglieder sind bereits im Haushaltsplan 2023/2024 berücksichtigt.

3. Zeitliche Umsetzbarkeit

Maßnahmen laufen bereits unterjährig und befinden sich in der ständigen Überwachung und Abstimmung mit dem Wehrsprecher, dem Stadtfeuerwehrverband und den Leitungen der Ortswehren.

4. Inhaltliche Einordnung

Grundsätzlich sinnvolle Hinweise, die aber überwiegend bereits im laufenden Tagesgeschäft behandelt/bearbeitet werden.

30.08.2022: U. 
Datum/Unterschrift
Oberbürgermeister / Geschäftsbereichsleitende/r

Sitzung der Stadtverordnetenversammlung am: 07.09.2022

Titel des Antrages:

Ausbaupotentiale des Fernwärmenetzes

Drucksache Nr.: 22/SVV/0726

TOP: 7.2

Stellungnahme der Verwaltung

1. Rechtliche Einschätzung

Es handelt sich um eine freiwillige Aufgabe.

2. Berücksichtigung im Haushaltsplan

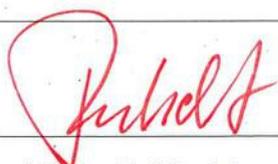
Die erforderlichen Mittel wurden eingeplant.

3. Zeitliche Umsetzbarkeit

Die Umsetzung ist in Arbeit.

4. Inhaltliche Einordnung

Die Aufgabe Energieleitplan wurde mit DS 17/SVV/0537 - Kernstrategien zum Masterplan Klimaschutz - beschlossen.

30.8.22 

Datum/Unterschrift
Oberbürgermeister / Geschäftsbereichsleitende/r

Sitzung der Stadtverordnetenversammlung am: 07.09.2022

Titel des Antrages:

Energiekrise nicht zur sozialen Krise werden lassen – Bürger:innen entlasten!

Drucksache Nr.: 22/SVV/0737

TOP: Ö 7.3

Stellungnahme der Verwaltung

1. Rechtliche Einschätzung

Heizkosten sind als Betriebskosten Teil der Wohnnebenkosten und werden bei Feststellung eines Leistungsanspruchs im Rahmen der Kosten der Unterkunft durch Leistungen des SGB II und SGB XII übernommen. Dies betrifft auch etwaige Betriebskostennachzahlungen. In letzter Instanz werden Rückstände bei den Betriebskosten bei Zahlungsunfähigkeit der mietenden Person auf das Mieterkonto umgelegt, gelten somit als Schulden und können bei Kündigung nach einer Prüfung durch die AG 3911 durch Darlehen gemäß §22 Absatz 8 SGB II und §36 SGB übernommen werden. Durch dieselben §§ bestehen ebenfalls weitreichende Möglichkeiten zur Übernahme von Stromschulden, sodass Sperrungen vermieden werden können.

2. Berücksichtigung im Haushaltsplan

Die entsprechenden Haushaltsansätze zu dieser Pflichtleistung bestehen bereits, die Entwicklung der Anzahl der Fälle und des Volumens der Darlehen wird laufend beobachtet. Es bedarf gegebenenfalls zusätzlichen Personals zur Bearbeitung einer steigenden Fallzahl.

3. Zeitliche Umsetzbarkeit

Keine Fristsetzung im Antrag erkennbar.

Die oben genannten Hilfsleistungen sind antragspflichtig, nach Prüfung des vollständigen Antrags ergeht zeitnahe die Entscheidung.

4. Inhaltliche Einordnung

Es bestehen bereits weitreichende Handlungsmöglichkeiten zur Übernahme von Strom- und Heizkostennachforderungen. Nicht bedürftige Personen im Sinne des SGB II oder XII sind grundsätzlich angehalten private Ratenzahlungsvereinbarungen abzuschließen, können jedoch bei finanziellen Engpässen nach SGB XII einen Antrag auf darlehensweise Übernahme von Heizkosten- und Stromschulden bei der Arbeitsgruppe Wohnungsnotfallhilfe stellen. Energieberatung ist Teil des Leistungsumfangs der Hilfen nach §67 SGB XII und wird als Teil der geförderten Wohnbegleitung für Migrant*innen ebenfalls in den geforderten Sprachen durchgeführt. Die Verbraucherzentrale hat bereits eine Energieberatung am Standort Potsdam.

Die ProPotsdam geht bereits auf alle Personen mit Mietrückständen zu, schließt selbstständig Ratenzahlungsvereinbarungen ab und informiert bei Zahlungsunfähigkeit und Kündigungen über die Hilfeangebote der Stadt.

30.08.2022 i.V.

Datum/Unterschrift

Oberbürgermeister / Geschäftsereichsleitende/r

Sitzung der Stadtverordnetenversammlung am: 07.09.2022

Titel des Antrages:

Entwicklung eines Zukunftskonzeptes für das Potsdam Museums

Drucksache Nr.: 22/SVV/0744

TOP: 7.4

Stellungnahme der Verwaltung

1. Rechtliche Einschätzung

Freiwillige Leistung

2. Berücksichtigung im Haushaltsplan

Nein. Sofern eine externe Begleitung erforderlich wird, sind die dafür entstehenden Kosten nicht im HH-Plan enthalten.

3. Zeitliche Umsetzbarkeit

Die vorgesehene Vorstellung von ersten Arbeitsergebnissen aus einer neu zu bildenden Arbeitsgruppe bereits im Dezember 2022 im Kulturausschuss ist zeitlich nicht zu leisten und doppelt sich u.U. teilweise inhaltlich mit den Aufgaben innerhalb der beschlossenen Machbarkeitsstudie gem. DS 22/SVV/0071.

4. Inhaltliche Einordnung

Der Antrag greift wesentliche Punkte des Beschlusses vom 26.01.2022 (DS 22/SVV/0071) erneut auf, fordert jedoch eine standortunabhängige Betrachtung. Die Erstellung der Machbarkeitsstudie gem. o.g. DS ist noch nicht abgeschlossen.

31.08.22

Datum/Unterschrift
Oberbürgermeister / Geschäftsbereichsleitende/



Sitzung der Stadtverordnetenversammlung am: 07.09.2022

Titel des Antrages:

Initiative mit dem Deutschen Städte- und Gemeindebund - Gasmangellage verhindern!

Drucksache Nr.: 22/SVV/0723

TOP: 7.5

Stellungnahme der Verwaltung

1. Rechtliche Einschätzung

Freiwillige Aufgabe.

2. Berücksichtigung im Haushaltsplan

-

3. Zeitliche Umsetzbarkeit

-

4. Inhaltliche Einordnung

Für die Pipeline Nordstream 2 liegt keine Freigabe der zuständigen Behörden vor. Diese ist damit nicht zertifiziert und kann daher auch nicht von der Bundesregierung genutzt werden.

Der Antrag ist damit nicht umsetzbar.

7.9.22

Datum/Unterschrift

Oberbürgermeister / Geschäftsbereichsleitende/r

Sitzung der Stadtverordnetenversammlung am: 07.09.2022

Titel des Antrages:

Unterstützung alternativer Energiequellen

Drucksache Nr.: 22/SVV/0748

TOP: 7.6.

Stellungnahme der Verwaltung

1. Rechtliche Einschätzung

Es handelt sich um eine freiwillige Aufgabe.

2. Berücksichtigung im Haushaltsplan

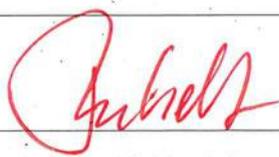
nicht relevant

3. Zeitliche Umsetzbarkeit

Es ist keine Frist beantragt.

4. Inhaltliche Einordnung

Stecker-Solargeräte sind Teil des Klimaschutz-Förderprogramms der LHP, um auch Mieterinnen und Mietern die Beteiligung an der Energiewende direkt zu ermöglichen.

30.8.22 
Datum/Unterschrift

Oberbürgermeister / Geschäftsbereichsleitende/r

Sitzung der Stadtverordnetenversammlung am: 07.09.2022

Titel des Antrages:

Barrierefreiheit Bahnhof Marquardt

Drucksache Nr.: 22/SVV/0743

TOP: 7.8

Stellungnahme der Verwaltung

1. Rechtliche Einschätzung

Es handelt sich um eine freiwillige Aufgabe.

2. Berücksichtigung im Haushaltsplan

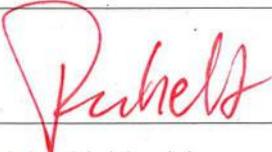
./.

3. Zeitliche Umsetzbarkeit

Eine Berichterstattung kann zur gesetzten Terminstellung erfolgen.

4. Inhaltliche Einordnung

Zuletzt wurde im Rahmen der Beantwortung der Kleinen Anfrage "Barrierefreiheit der Verkehrsdrehscheibe Marquardt" DS 22/SVV/532 im Juli 2022 zum Sachstand informiert.

30.8.22 

Datum/Unterschrift

Oberbürgermeister / Geschäftsbereichsleitende/r

Sitzung der Stadtverordnetenversammlung am: 07.09.2022

Titel des Antrages:

Freiluftpartys

Drucksache Nr.: 22/SVV/0724

TOP: 7.9

Stellungnahme der Verwaltung

1. Rechtliche Einschätzung

- nichtkommerzielle, private (Frei-)Luftveranstaltungen unter Nutzung öffentlichen Raumes
- Prüfperspektiven: LHP-Verwaltung, Polizei, Feuerwehr, Zielgruppe(n), sonstige Öffentlichkeit
- Prüfdimensionen / u.a. noch im Detail zu bewertende Herausforderungen:
gesetzliche Rahmenbedingungen (Jugendschutzgesetz, LmSchG), Gefahren- und Risikoeinschätzung, Verkehrssicherungspflicht sowie Verantwortungs- und Haftungsübergänge, Kontroll- und Einflussnahmenotwendigkeiten sowie -möglichkeiten

2. Berücksichtigung im Haushaltsplan

- Planung, Durchführung und Wiederherrichtung der genutzten Flächen auf Kosten der Zielgruppe(n)
- Vorgangsbearbeitung durch die LHP-Verwaltung, Einsätze für potenziell anfallende Kontroll- und Einflussnahmenotwendigkeiten sowie -möglichkeiten oder zur ggf. notwendigen, anforderungsgerechten Wiederherrichtung der genutzten Flächen nicht eingeplant

3. Zeitliche Umsetzbarkeit

Berichterstattung verwaltungsseitiges Prüfergebnis im / um Q1/23

4. Inhaltliche Einordnung

Prüfung eines ggf. notwendigen, auf / für Zielgruppe anwendungsfähigen Handlungsrahmen (wie am Bremer Beispiel aufgezeigt) i.V.m. Umsetzung zu Beschluss DS 21/SVV/0226 "Treffpunkte für junge Menschen" durchzuführen


31.09.22
Datum/Unterschrift
Oberbürgermeister / Geschäftsbereichsleitende/r

Sitzung der Stadtverordnetenversammlung am:

Titel des Antrages:

Verhandlungen mit den MK Kliniken einstellen – Verfahren wegen Zweckentfremdung von Wohnraum einleiten!

Drucksache Nr.: 22/SVV/0736

TOP: Ö 7.10

Stellungnahme der Verwaltung

1. Rechtliche Einschätzung

1. grundsätzlich umsetzbar.
2. nach Gesetz und Satzung ist weder eine sofortige Ordnungswidrigkeitsverfahren noch unmittelbare Prüfung der Rückführung umsetzbar.
3. nur nicht öffentlich möglich (Schutz von Rechten Dritter).

2. Berücksichtigung im Haushaltsplan

1 bis 3.: Antragsinhalt war nicht Gegenstand der Haushaltsplanung

3. Zeitliche Umsetzbarkeit

1. Die Verhandlungen können nicht ausgesetzt werden, es ist eine zeitnahe Entscheidung nötig, ob die beabsichtigte Nutzung vereinbart werden soll.
2. Ist so nicht umsetzbar, die zeitlichen Abfolgen gemäß Satzung sind einzuhalten
3. ja, sofern nicht-öffentlich

4. Inhaltliche Einordnung

1. Die Verhandlungen stehen im Zusammenhang mit der Unterbringung von zugewiesenen ukrainischen Geflüchteten (aktuell 2.327)
- 2 und 3. Antrag zielt auf Anwendung der Zweckentfremdungsverbotssatzung Potsdam

Datum/Unterschrift

Oberbürgermeister / Geschäftsleitende/r

30/01 2022: N. R. [Signature]

Landeshauptstadt Potsdam

Geschäftsbereich

Bereich des Oberbürgermeisters

**Landeshauptstadt
Potsdam**

Der Oberbürgermeister

Sitzung der Stadtverordnetenversammlung am: 07.09.2022

Titel des Antrages:

Bewerbung der Stadt Potsdam um das Zukunftszentrum für Deutsche Einheit und Europäische Transformation

Drucksache Nr.: 22/SVV/0745**TOP:** 7.11**Stellungnahme der Verwaltung**

1. Rechtliche Einschätzung

Es handelt sich um eine freiwillige Aufgabe.

2. Berücksichtigung im Haushaltsplan

-

3. Zeitliche Umsetzbarkeit

-

4. Inhaltliche Einordnung

Die brandenburgische Landesregierung und der Oberbürgermeister unterstützen die Bewerbung von Frankfurt (Oder). Eine Mehrfachbewerbung brandenburgischer Städte würden die Chancen von Frankfurt (Oder) auf eine erfolgreiche Bewerbung schmälern.

Datum/Unterschrift
Oberbürgermeister / Geschäftsereichsleitende/r

Sitzung der Stadtverordnetenversammlung am: 07.09.2022

Titel des Antrages:

Beschaffung eines Rettungsbusses für ViP/Feuerwehr

Drucksache Nr.: 22/SVV/0327

TOP: 7.15

Stellungnahme der Verwaltung

1. Rechtliche Einschätzung

Die Maßnahme ist rechtlich zulässig.

2. Berücksichtigung im Haushaltsplan

Die Beschaffung kann/wird als Miete über den "Aufwand" des laufenden Haushalts und der Planung für die Folgejahre realisiert.

3. Zeitliche Umsetzbarkeit

Beschaffung ist bereits umgesetzt. Fahrzeug wird am 3. September 2022 zum Tag der offenen Tür übergeben.

4. Inhaltliche Einordnung

Sinnvolle Ergänzung des Fuhrparks für Einsatzlagen mit vielen Betroffenen Menschen. Universell auch z.B. als Impfbus einsetzbar.

30/08/2022 i.v.
Datum/Unterschrift

Oberbürgermeister / Geschäftsereichsleitende/r

Sitzung der Stadtverordnetenversammlung am: 07.09.2022

Titel des Antrages:

Verkehrssicherheit am Sportplatz der SG Bornim erhöhen

Drucksache Nr.: 22/SVV/0525

TOP: 7.16

Stellungnahme der Verwaltung

1. Rechtliche Einschätzung

Die Prüfung ist möglich.

2. Berücksichtigung im Haushaltsplan

Die Deckung ist aus dem laufenden Haushalt möglich.

3. Zeitliche Umsetzbarkeit

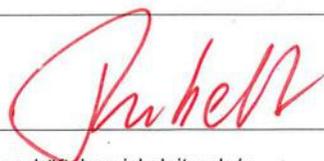
Die Vorlage des Prüfergebnisses könnte wie beantragt erfolgen.

4. Inhaltliche Einordnung

In den zurückliegenden Jahren waren keine Anträge/Beschwerden oder Auffälligkeiten in Bezug auf die Verkehrssicherheit an betreffender Stelle zu verzeichnen.

30.08.2022

Datum/Unterschrift
Oberbürgermeister / Geschäftsereichsleitende/r



Sitzung der Stadtverordnetenversammlung am: 07.09.2022

Titel des Antrages:

Umsetzung Beschluss zum Klimanotstand

Drucksache Nr.: 22/SVV/0602

TOP: 7.17

Stellungnahme der Verwaltung

1. Rechtliche Einschätzung

Es handelt sich um eine freiwillige Aufgabe.

2. Berücksichtigung im Haushaltsplan

Für die Umsetzung wurden durch die jeweils zuständigen Facheinheiten Haushaltsmittel im Rahmen von Vorhaben eingestellt.

3. Zeitliche Umsetzbarkeit

Die Umsetzung erfolgt fortlaufend.

4. Inhaltliche Einordnung

Die Umsetzung erfolgt gesamtstädtisch mit spezifischen Projekten, die nicht explizit nach Ortsteilen differenziert werden.

30.8.22 

Datum/Unterschrift
Oberbürgermeister / Geschäftsbereichsleitende/r

Sitzung der Stadtverordnetenversammlung am: 07.09.2022

Titel des Antrages:

Lückenschluss Radweg Satzkorn - B 273

Drucksache Nr.: 22/SVV/0611

TOP: Ö 7.18

Stellungnahme der Verwaltung

1. Rechtliche Einschätzung

Es handelt sich bei der Maßnahme um eine freiwillige Aufgabe auf Grundlage des von der SVV beschlossenen Radverkehrskonzepts von 2017 sowie des Fußverkehrskonzepts von 2021.

2. Berücksichtigung im Haushaltsplan

Für die Planung und Umsetzung der Maßnahme sind im Haushalt bis 2025 keine Finanzmittel eingestellt.

3. Zeitliche Umsetzbarkeit

Aufgrund der fehlenden finanziellen und personellen Ressourcen ist der unverzügliche Beginn der Planung und baulichen Umsetzung nicht möglich.

4. Inhaltliche Einordnung

Die Maßnahme ist im beschlossenen Radverkehrskonzept 2017 in die Priorität 2 eingestuft.

Sitzung der Stadtverordnetenversammlung am: 07.09.2022

Titel des Antrages:

Unterflur-Glascontainer

Drucksache Nr.: 22/SVV/0473**TOP:** 7. 19

Stellungnahme der Verwaltung

1. Rechtliche Einschätzung

Bei der Erfassung von Verkaufsverpackung aus Glas („Altglas“) handelt es sich ausschließlich um ein gewerbliches Rücknahmesystem der Dualen Systeme Deutschlands, außerhalb der kommunalen hoheitlichen Aufgaben der Abfallentsorgung. Die Dualen Systemen bedienen sich zur Erfüllung ihrer Leistungen Dritter. Dazu werden alle drei Jahre Vergabeverfahren durchgeführt. Innerhalb dieser Vergabeverfahren werden durch die Dualen Systembetreiber nur oberirdische Depotcontainer als Normbehälter vorgegeben, die nach Vertragsende unverzüglich abgezogen und gegen die Depotcontainer eines neuen privatrechtlich Beauftragten ausgetauscht werden können. Diese Vorgabe können Unterflurgestellungen für Altglas nicht erfüllen, da sie dauerhaft im Erdreich (unterirdisch) installiert sind.

2. Berücksichtigung im Haushaltsplan

Da für Altglas keine Entsorgungspflicht seitens des öffentlich-rechtlichen Entsorgungsträgers besteht, dürfen Unterflurgestellungen auch nicht über den Abfallgebührenhaushalt finanziert werden.

Die gesamten Einrichtungs-, Unterhalts- und Behälterkosten für Unterflurgestellungen zur Sammlung von Altglas sind über den städtischen Haushalt zu finanzieren.

3. Zeitliche Umsetzbarkeit

Für die Erfassung von Altglas erlaubt das Verpackungsgesetz (VerpackG) keinen Rückgriff auf Rahmenvorgaben. Hier verbleibt es allein bei der Abstimmungsvereinbarung (AV) gemäß § 22 Abs. 1 VerpackG zwischen der LH Potsdam und den Dualen Systemen. Die Festlegung des Sammelsystems vor Ort (einschließlich von Unterflurbehältnissen) muss allein im Rahmen der Systemfestlegung für Glas, die auch Bestandteil jeder AV ist, auf dem Verhandlungsweg erfolgen. Neben der Systemfestlegung für Glas erfolgt diese auch für die Fraktionen Pappe/Papier/Kartonage (PPK - blaue Tonne) und Leichtverpackungsmaterialien (LVP - gelbe Tonne). Aktuell wurde eine AV mit einer Laufzeit bis zum 31.12.2024 geschlossen. Neue Verhandlungen mit den Dualen Systemen werden 2024 wieder aufgenommen.

4. Inhaltliche Einordnung

Für den Einbau von Unterflurgestellungen sind eine Reihe von bau- und sicherheitstechnischen Voraussetzungen zu erfüllen (Erdaushub, Kranarbeiten, Leitungsverlegung etc.). Die Anschaffung ist im Vergleich zu oberirdischen Depotcontainern sehr kostenintensiv. Die Kosten der Unterflurgestellungen sowie die Wartung sind von der LH Potsdam zu tragen. Für die Sammlung von Altglas muss das Fassungsvermögen bei unterirdischen Stahlbehältern auf 3 m³ beschränkt werden, da ansonsten das Gewicht bei der Leerung zu groß wird. Oberirdische Depotcontainer haben derzeit ein Fassungsvermögen von 5 m³.

Datum/Unterschrift

Oberbürgermeister / Geschäftsereichsleitende/r

30.08.2022 i.v. 

Sitzung der Stadtverordnetenversammlung am: 07.09.2022

Titel des Antrages:

Luftschiffhafen-Stadion

Drucksache Nr.: 22/SVV/0605

TOP: Ö 7.22

Stellungnahme der Verwaltung

1. Rechtliche Einschätzung

Die Namensgebung des Stadions obliegt der Eigentümerin ProPotsdam GmbH.

2. Berücksichtigung im Haushaltsplan

Die Namensgebung des Stadions ist nicht Haushaltsrelevant.

3. Zeitliche Umsetzbarkeit

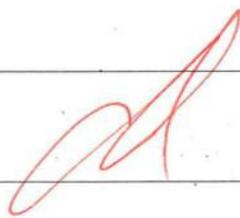
Die Namensgebung soll nach Abschluss der Sanierung in 10/23 erfolgen.

4. Inhaltliche Einordnung

Als Alleingeschafterin der ProPotsdam GmbH kann die LHP über den Gesellschaftervertreter (OBM) eine Weisung zur Namensgebung erteilen.

30.08.2022

Datum/Unterschrift
Oberbürgermeister / Geschäftsbereichsleitende/r



Sitzung der Stadtverordnetenversammlung am: 07.09.2022

Titel des Antrages:

Ortsteilbeauftragte/r

Drucksache Nr.: 22/SVV/0606

TOP: 7.23

Stellungnahme der Verwaltung

1. Rechtliche Einschätzung

Es handelt sich um eine freiwillige Aufgabe.

Mit Beschluss der Stadtverordnetenversammlung vom 28.01.2015 wurde der Oberbürgermeister beauftragt, in seinem Geschäftsbereich eine Stelle für einen Beauftragten für die Ortsteile Potsdams zu schaffen. Dabei sollten die Ortsbeiräte bei der Erstellung der Stellenausschreibung beteiligt werden (14/SVV/0726). Im Ergebnis dieser Beteiligung verständigte man sich, anstelle eines Beauftragten oder einer Beauftragten die Stelle einer Ansprechpartnerin oder eines Ansprechpartners für die Ortsvorsteherinnen und Ortsvorsteher direkt im Büro des Oberbürgermeisters einzurichten.

2. Berücksichtigung im Haushaltsplan

Entsprechend der Personalstelle

3. Zeitliche Umsetzbarkeit

Laufendes Verfahren

4. Inhaltliche Einordnung

Im Rahmen der Leitungsunterstützung des Oberbürgermeisters soll die Ansprechpartnerin oder der Ansprechpartner die Kommunikation zwischen Ortsvorsteherinnen und Ortsvorstehern und Verwaltung verbessern sowie deren Arbeit koordinierend unterstützen. Die Stelle wurde 2017 besetzt und ist aufgrund des Wegganges des Stelleninhabers derzeit vakant. Eine Nachbesetzung erfolgt schnellstmöglich.

29.09.2022
Datum/Unterschrift

Oberbürgermeister / Geschäftsbereichsleitende/r

Sitzung der Stadtverordnetenversammlung am: 07.09.2022

Titel des Antrages:

Regelmäßige Treffen der Fraktionsvorsitzenden mit der Verwaltungsspitze

Drucksache Nr.: 22/SVV/0607

TOP: 7.24

Stellungnahme der Verwaltung

1. Rechtliche Einschätzung

Freiwillige Aufgabe ohne rechtliche Grundlage.

2. Berücksichtigung im Haushaltsplan

-

3. Zeitliche Umsetzbarkeit

-

4. Inhaltliche Einordnung

Der Antrag stellt eine sachliche Ungleichbehandlung von Fraktionen und fraktionslosen Stadtverordneten dar. Für die sachliche Ungleichbehandlung gibt es keine rechtliche Grundlage.

Der Antrag ist aufgrund der Rechtswidrigkeit zurückzuweisen.

Datum/Unterschrift
Oberbürgermeister / Geschäftsbereichsleitende/r



Sitzung der Stadtverordnetenversammlung am: 07.09.2022	
Titel des Antrages: Grundschild Garnisonkirchengrundstück	
Drucksache Nr.: 22/SVV/0649.	TOP: 7.25

Stellungnahme der Verwaltung

1. Rechtliche Einschätzung

Die sanierungsrechtliche Genehmigung der Eintragung von Grundpfandrechten gemäß §144 BauGB ist ein Geschäft der laufenden Verwaltung.

2. Berücksichtigung im Haushaltsplan

3. Zeitliche Umsetzbarkeit

4. Inhaltliche Einordnung

Auf das Rechtsgutachten betreffend Stiftung Garnisonkirche Potsdam, vorgestellt im Hauptausschuss am 31.08.2022, wird verwiesen.

26.08.2022

Datum/Unterschrift
Oberbürgermeister / Geschäftsbereichsleitende/r



Sitzung der Stadtverordnetenversammlung am: 07.09.2022

Titel des Antrages:

Bestand an sogenannten Garagenanlagen evaluieren

Drucksache Nr.: 22/SVV/0679

TOP: 7.26

Stellungnahme der Verwaltung

1. Rechtliche Einschätzung

Die Darstellung eigener Anlagen der LHP und der ProPotsdam liegt schon vor, mit Stand 2015 (DS 15/SVV/0306).

2. Berücksichtigung im Haushaltsplan

Es sind keine Mittel für die vorgeschlagene Evaluierung im Haushalt eingestellt.

3. Zeitliche Umsetzbarkeit

Eine Aktualisierung des Standes ausschließlich zu den städtischen Garagenanlagen (LHP/ProPotsdam) wäre wie beantragt möglich.

4. Inhaltliche Einordnung

Der Bestand städtischer Garagenanlagen wurde bereits im Rahmen des Garagenstandortkonzeptes untersucht, sh. DS 08/SVV/1026. Zuletzt wurde mit der DS 15/SVV/0306 2015 dazu berichtet.

30.8.22 

Datum/Unterschrift

Oberbürgermeister / Geschäftsbereichsleitende/r

Sitzung der Stadtverordnetenversammlung am: 07.09.2022

Titel des Antrages:

Fortführung des "Walk of modern art"

Drucksache Nr.: 22/SVV/0698

TOP: Ö7.31

Stellungnahme der Verwaltung

1. Rechtliche Einschätzung

freiwillige Leistung

2. Berücksichtigung im Haushaltsplan

nein

3. Zeitliche Umsetzbarkeit

Sofern die erforderlichen Mittel im Haushalt bereitgestellt würden, wäre für die Umsetzung ein Zeitraum von mind. 12 Monaten zu kalkulieren (für konkrete Prüfung der möglichen Standorte und finale Entscheidung, welche Standorte realisierbar sind, Einbindung "Beirat Kunst im öffentlichen Raum" und Kulturausschuss, Beschaffung und Aufstellen der Kunstwerke)

4. Inhaltliche Einordnung

Der ursprüngliche Beschluss der STVV vom 2.6.2021 (21/SVV/0550) lautete, den "Walk of Modern Art" bis zum KreativQuartier Plantage zu verlängern sowie nach weiteren Flächen zwischen Schiffbauergasse, entlang der Havel - bis hin zur Neustädter Havelbucht zu suchen, um dort weitere Kunstwerke aufzustellen.

Nach eingehender Prüfung wurden fünf mögliche Standorte identifiziert.

31.08.22

Datum/Unterschrift
Oberbürgermeister / Geschäftsereichsleitende/r

Sitzung der Stadtverordnetenversammlung am: 07.09.2022

Titel des Antrages:

Bundesprogramm zur Sanierung kommunaler Einrichtungen in den Bereichen Sport, Jugend und Kultur

Drucksache Nr.: 22/SVV/0725

TOP: Ö 7.36

Stellungnahme der Verwaltung

1. Rechtliche Einschätzung

Der Antrag ist rechtlich zulässig.

2. Berücksichtigung im Haushaltsplan

Es handelt sich um einen Prüfauftrag, der zunächst keine Auswirkungen auf den Haushalt hat. Soweit im Ergebnis der Prüfung eine Fördermittelbeantragung erfolgt, kann diese bei bereits in der Investitionsplanung enthaltenen Maßnahmen zu einer Entlastung des Haushalts führen.

3. Zeitliche Umsetzbarkeit

Die im Antrag geforderte Prüfung erfolgt seitens der Verwaltung bereits seit Anfang August aufgrund der Abgabefristen des Fördermittelgebers. In der kommenden StVV (September) kann bereits über die Prüfergebnisse berichtet werden. Eine für die darauffolgende StVV (Oktober) gewünschte Berichterstattung zum Prüfergebnis hat sich somit durch Verwaltungshandeln erledigt.

4. Inhaltliche Einordnung

Der Kommunale Immobilien Service (KIS) prüft alle im Wirtschaftsplan 2022 des KIS enthaltenen Investitionsvorhaben und die vom GB 2 entwickelten Projektideen auf ihre Förderfähigkeit. Darunter befinden sich auch die im Antrag bezeichneten Vorhaben. Als Prüfraster wurden die Mindestanforderungen und Nebenkriterien des Bundesprogramms gewählt.

—
tsw

Sitzung der Stadtverordnetenversammlung am: 07.09.2022

Titel des Antrages:

Verbesserung der Querungssituation am Brandenburger Tor

Drucksache Nr.: 22/SVV/0728

TOP: 7.37

Stellungnahme der Verwaltung

1. Rechtliche Einschätzung

Die Gewährleistung der Verkehrssicherheit ist eine pflichtige behördliche Aufgabe.

2. Berücksichtigung im Haushaltsplan

Es sind keine Mittel eingeplant.

3. Zeitliche Umsetzbarkeit

Eine Berichterstattung kann im I. Quartal 2023 erfolgen.

4. Inhaltliche Einordnung

Die notwendige Verkehrssicherheit auf der kombinierten Fußgänger-/Radfahrerfurt ist gegeben. Auch die polizeiliche Unfallstatistik weist diese Furt als unfallunauffällig aus. Da es sich um eine Kombifurt handelt, ist gegenseitige Rücksicht und ständige Vorsicht, gemäß § 1 StVO, geboten. Aktuelle Beobachtungen zeigen, dass dies an dieser Stelle auch funktioniert.

30.8.22 

Datum/Unterschrift
Oberbürgermeister / Geschäftsbereichsleitende/r

Sitzung der Stadtverordnetenversammlung am: 07.09.2022

Titel des Antrages:

Austausch Straßenbahnschienen in Gefahrbereichen

Drucksache Nr.: 22/SVV/0729

TOP: 7.38

Stellungnahme der Verwaltung

1. Rechtliche Einschätzung

Die beantragte Prüfung ist eine freiwillige Aufgabe.

2. Berücksichtigung im Haushaltsplan

Die Prüfung selbst ist nicht haushaltsrelevant.

3. Zeitliche Umsetzbarkeit

./.

4. Inhaltliche Einordnung

Mit den Drucksachen 20/SVV/0530 22/SVV/0331 wurde der bekannte Sachstand dargelegt. |

30.8.22 

Datum/Unterschrift

Oberbürgermeister / Geschäftsbereichsleitende/r

Sitzung der Stadtverordnetenversammlung am: 07.09.2022

Titel des Antrages:

Aufenthaltsqualität auf dem Alten Markt klimaanpassend weiterentwickeln

Drucksache Nr.: 22/SVV/0730

TOP: 7.39

Stellungnahme der Verwaltung

1. Rechtliche Einschätzung

Es handelt sich um eine freiwillige Aufgabe

2. Berücksichtigung im Haushaltsplan

Es sind keine Mittel eingeplant.

3. Zeitliche Umsetzbarkeit

Der Maßnahmenplan könnte frühestens im Mai 2023 vorgelegt werden.

4. Inhaltliche Einordnung

Es wird auf die Erörterung zu den DS 17/SVV/0175, 21/SVV/1128, 22/SVV/0527 verwiesen.

30.8.22 

Datum/Unterschrift
Oberbürgermeister / Geschäftsbereichsleitende/r

Sitzung der Stadtverordnetenversammlung am: 07.09.2022

Titel des Antrages:

Querschnitt an Modal Split anpassen

Drucksache Nr.: 22/SVV/0733

TOP: Ö 7.40

Stellungnahme der Verwaltung

1. Rechtliche Einschätzung

Bei der Straßenraumgestaltung bzw. der Umgestaltung des Straßenraumes handelt es sich um eine freiwillige Aufgabe.

2. Berücksichtigung im Haushaltsplan

Für die erweiterte Prüfung stünden im Rahmen der Fortschreibung des Stadtentwicklungskonzeptes Verkehr Haushaltsmittel zur Verfügung.

3. Zeitliche Umsetzbarkeit

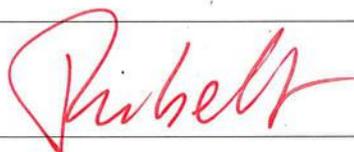
Der gesetzte Termin (1. Quartal 2023) ist nicht einhaltbar. Die Erarbeitung des Prüfauftrages stünde in Konkurrenz mit der Fortschreibung des Stadtentwicklungskonzeptes Verkehr.

4. Inhaltliche Einordnung

Grundsätzlich kommen für die Prüfung der Querschnittsaufteilung nur Straßen mit mehreren Kfz-Fahstreifen je Richtung in Betracht. Querschnittsanpassungen werden auch heute schon bei der Planung vorgenommen.

30.08.22

Datum/Unterschrift
Oberbürgermeister / Geschäftsbereichsleitende/r



Sitzung der Stadtverordnetenversammlung am: 07.09.2022

Titel des Antrages:

Landeshauptstadt Potsdam Fördermitgliedschaft pro agro e.V.

Drucksache Nr.: 22/SVV/0734

TOP: 7.41

Stellungnahme der Verwaltung

1. Rechtliche Einschätzung

Die Fördermitgliedschaft der Landeshauptstadt Potsdam im Verband pro agro e.V. ist eine freiwillige Aufgabe.

2. Berücksichtigung im Haushaltsplan

Für die Umsetzung sind im Haushalt keine Mittel eingestellt.

3. Zeitliche Umsetzbarkeit

./.

4. Inhaltliche Einordnung

Der Antrag nimmt Bezug auf das "Konzept zur Entwicklung des ländlichen Raumes".
(Siehe : DS 10/SVV/0874 "Konzeption zur Entwicklung des ländlichen Raumes" und DS 17/SVV/0687 "Strategieplanung zur Entwicklung des Ländlichen Raums von Potsdam".)

30.8.22 

Datum/Unterschrift
Oberbürgermeister / Geschäftsbereichsleitende/r

Sitzung der Stadtverordnetenversammlung am: 07.09.2022

Titel des Antrages:

Schnellstmögliche Wiedereröffnung der Sternschwimmhalle

Drucksache Nr.: 22/SVV/0738

TOP: 7.42

Stellungnahme der Verwaltung

1. Rechtliche Einschätzung

Rechtliche Bedenken gegen eine Wiedereröffnung ergeben sich zunächst nicht. Allerdings wäre eine sofortige Wiedereröffnung im Widerspruch zur derzeitigen Gas- bzw. Energiemangellage zu sehen.

Die pflichtigen Leistungen insbesondere das Schulschwimmen der Kiezschwimmhalle Am Stern werden in das Sport- und Freizeitbad blu verlagert. Auch weitere prioritäre freiwillige Leistungen werden so ins blu verlagert- z.B. Schwimmkurse, Reha-maßnahmen, Babyschwimmen etc.

2. Berücksichtigung im Haushaltsplan

Der städtische Zuschuss ist im Haushaltsplan der LHP abgebildet und bleibt zunächst unberührt.

3. Zeitliche Umsetzbarkeit

Eine Wiedereröffnung der Sternschwimmhalle würde ca. 4-6 Wochen in Anspruch nehmen. Nicht nur das technische Hochfahren der Anlagen brauchen entsprechende Zeit. Auch das Umorganisieren der Nutzergruppen mit z.B. Auswirkungen auf Stundenpläne oder Schülertransporte erfordern einen entsprechenden Vorlauf bzw. sind während des laufenden Schuljahres schwierig.

4. Inhaltliche Einordnung

Die Schließung des Kiezbades am Stern ist eine effiziente Einsparmaßnahme im Stadtwerke-Verbund. Sie bietet die größtmögliche Einsparmenge bei Aufrechterhaltung der wichtigsten Angebote wie Schulschwimmen und Schwimmern-, Reha- sowie Babyschwimmkurse.

Vor dem Hintergrund der anhaltenden Gas- bzw. Energiemangellage und dem gesamtgesellschaftlichen Kontext zur Ukraine- Krise wird ein dringendes Erfordernis zur Energieeinsparung gesehen. Das Vorgehen erschien alternativlos.

31.08.22

Datum/Unterschrift
Oberbürgermeister / Geschäftsbereichsleitende/r

Sitzung der Stadtverordnetenversammlung am: 07.09.2022

Titel des Antrages:

Gewinnung nachhaltiger/erneuerbarer Energiegewinnung in Potsdam

Drucksache Nr.: 22/SVV/0739

TOP: 7.43

Stellungnahme der Verwaltung

1. Rechtliche Einschätzung

Es handelt sich um eine freiwillige Aufgabe.

2. Berücksichtigung im Haushaltsplan

Im Entwurf des Doppelhaushaltes 2023/24 stehen 100.000€ zur Umsetzung zur Verfügung.

3. Zeitliche Umsetzbarkeit

Die Umsetzung ist in Arbeit.

4. Inhaltliche Einordnung

Die Aufgabe wurde mit DS 17/SVV/0537 - Kernstrategien zum Masterplan Klimaschutz beschlossen.

30.8.22 

Datum/Unterschrift

Oberbürgermeister / Geschäftsbereichsleitende/r

Sitzung der Stadtverordnetenversammlung am: 07.09.2022

Titel des Antrages:

Behinderten- und radfahrerfreundlicher glatter Belag im Stadtzentrum

Drucksache Nr.: 22/SVV/0740

TOP: 7.44

Stellungnahme der Verwaltung

1. Rechtliche Einschätzung

Es handelt sich um eine freiwillige Aufgabe.

2. Berücksichtigung im Haushaltsplan

Es sind keine Mittel im Haushalt eingestellt.

3. Zeitliche Umsetzbarkeit

./.

4. Inhaltliche Einordnung

Die Maßnahme ist nicht Bestandteil des von der Stadtverordnetenversammlung beschlossenen Radverkehrs- und Fußkonzeptes.

30.8.22 

Datum/Unterschrift

Oberbürgermeister / Geschäftsbereichsleitende/r

Sitzung der Stadtverordnetenversammlung am: 07.09.2022

Titel des Antrages:

schrittweise Sanierung der Straßen und Gehwege in der Brandenburger Vorstadt, Potsdam-West und dem Kiewitt, sowie in der Berliner- und Nauener Vorstadt

Drucksache Nr.: 22/SVV/0741

TOP: 7.45

Stellungnahme der Verwaltung

1. Rechtliche Einschätzung

Es handelt sich um eine freiwillige Aufgabe.

2. Berücksichtigung im Haushaltsplan

Es sind keine Mittel im Haushalt eingestellt.

3. Zeitliche Umsetzbarkeit

Die Einhaltung der Fristsetzung Januar 2023 ist nicht möglich. Eine konkrete Zeitangabe kann derzeit nicht benannt werden.

4. Inhaltliche Einordnung

Die Maßnahme ist nicht Bestandteil des von der Stadtverordnetenversammlung beschlossenen Radverkehrs- und Fußverkehrskonzeptes.

30.8.22 

Sitzung der Stadtverordnetenversammlung am: 07.09.2022

Titel des Antrages:

Stadteilvertretungen zur Intensivierung der Bürgerbeteiligung

Drucksache Nr.: 22/SVV/0742

TOP: 7.46

Stellungnahme der Verwaltung

1. Rechtliche Einschätzung

Es handelt sich um eine freiwillige Aufgabe. § 21 Hauptsatzung der Landeshauptstadt Potsdam benennt die Potsdamer Ortsteile.

Die Kommunalverfassung des Landes Brandenburg sieht keine Vertretung für Stadtteile vor.

2. Berücksichtigung im Haushaltsplan

-

3. Zeitliche Umsetzbarkeit

-

4. Inhaltliche Einordnung

Im Bereich der Partizipation und Bürgerbeteiligung werden in den einzelnen Stadtteilen sehr unterschiedliche Standards praktiziert.

2.9.22

Datum/Unterschrift
Oberbürgermeister / Geschäftsbereichsleitende/r

Sitzung der Stadtverordnetenversammlung am: 07.09.2022

Titel des Antrages:

Fußgängerweg an der B2 Nedlitzer Straße von Bushaltestelle Am Pfingstberg bis zum Eingang Volkspark

Drucksache Nr.: 22/SVV/0746

TOP: 7.47

Stellungnahme der Verwaltung

1. Rechtliche Einschätzung

Es handelt sich bei der Maßnahme um eine freiwillige Aufgabe.

2. Berücksichtigung im Haushaltsplan

Eine Berücksichtigung ist nicht möglich.

3. Zeitliche Umsetzbarkeit

Eine Prüfung ist bis Februar 2023 leistbar.

4. Inhaltliche Einordnung

Der im Antrag beschriebene Sachverhalt ist im Fußverkehrskonzept (21/SVV/0594) nicht mit einer Maßnahme oder einer Bestandsaufnahme hinterlegt.

30.8.22 

Datum/Unterschrift
Oberbürgermeister / Geschäftsereichsleitende/r

Tagesordnungspunkte der 31. öffentlichen / nicht öffentlichen Sitzung der Stadtverordnetenversammlung, die zurückgestellt oder zurückgezogen sind bzw. die Erledigung festgestellt wird:

5 Wiedervorlagen aus den Ausschüssen - Vorlagen der Verwaltung

- 5.1 Satzung über die teilweise Aufhebung der Entwicklungssatzung Bornstedter Feld
21/SVV/0908 Oberbürgermeister, Fachbereich Stadtplanung
zurückgezogen – die neue Beschlussvorlage wird in der StVV 05.10.2022 eingebracht

6 Wiedervorlagen aus den Ausschüssen - Anträge der Fraktionen / Ortsbeiräte

- 6.1 Bürgerbefragung zu Rechenzentrum und Garnisonkirche
21/SVV/1201 Fraktion DIE LINKE
zurückstellen - fehlt Votum HA

- 6.9 Erhöhung des Budgets des ausgeschöpften Klimaschutzförderprogramms im Jahr 2022
22/SVV/0431 Fraktion Bündnis 90/Die Grünen
zurückstellen - fehlt Votum KUM

- 6.14 Anpassung der Vergabekriterien für den kommunalen Klimafonds
22/SVV/0447 Fraktion DIE LINKE
zurückstellen - fehlt Votum KUM

- 6.15 Zusätzliche Überquerung im Bereich Breite Straße
22/SVV/0448 Fraktion SPD
die Erledigung wird festgestellt

7 Anträge

- 7.15 Beschaffung eines Rettungsbusses für ViP/Feuerwehr
22/SVV/0327 Fraktion CDU
zurückgezogen

KONSENSLISTE zur Tagesordnung der 31. öffentlichen / nicht öffentlichen Sitzung der Stadtverordnetenversammlung am 07. September 2022

7	Anträge	
7.4	Entwicklung eines Zukunftskonzeptes für das Potsdam Museum 22/SVV/0744	Fraktion CDU überweisen in KA
7.13	Local Cloud 22/SVV/0678	Fraktion Freie Demokraten überweisen in PTD, B/Sp.
7.17	Umsetzung Beschluss zum Klimanotstand 22/SVV/0602	Ortsbeirat Groß Glienicke überweisen in KUM
7.18	Lückenschluss Radweg Satzkorn - B 273 22/SVV/0611	Ortsbeirat Satzkorn überweisen in KUM
7.24	Regelmäßige Treffen der Fraktionsvorsitzenden mit der Verwaltungsspitze 22/SVV/0607	Fraktionen DIE LINKE, CDU, DIE aNDERE, Freie Demokraten überweisen in HA zur Erledigung
7.26	Bestand an sogenannten Garagenanlagen evaluieren 22/SVV/0679	Fraktion Freie Demokraten überweisen in SBWL, GSWI
7.27	Ausweisung der Straße Am Pflingstberg als Verkehrsberuhigter Bereich 22/SVV/0684	Oberbürgermeister, Fachbereich Mobilität und Infrastruktur überweisen in KUM
7.28	Aufhebung von Aufstellungsbeschlüssen zu Bebauungsplänen 22/SVV/0691	Oberbürgermeister, Fachbereich Stadtplanung überweisen in OBR Fahrland, SBWL
7.29	Zustimmung zum 1. Nachtrag zum städtebaulichen Vertrag zur Umsetzung von Planungszielen der 1. Änderung des Bebauungsplans Nr. 36-2 „Leipziger Straße / Brauhausberg“ Teilbereich Am Brauhausberg / Havelblick der Landeshauptstadt Potsdam – „Sondergebiet Museum“ 22/SVV/0692	Oberbürgermeister, Fachbereich Stadtplanung überweisen in SBWL
7.30	Änderung des Gesellschaftsvertrages der Klinikum Ernst von Bergmann gemeinnützige GmbH 22/SVV/0693	Oberbürgermeister, Beteiligungsmanagement und Strategische Steuerung überweisen in HA

7.32	Gefahrenabwehrbedarfsplan der Landeshauptstadt Potsdam 2022 bis 2026 22/SVV/0703	Oberbürgermeister, Fachbereich Feuerwehr überweisen in OS
7.37	Verbesserung der Querungssituation am Brandenburger Tor 22/SVV/0728	Fraktion SPD überweisen in KUM
7.38	Austausch Straßenbahnschienen in Gefahrenbereichen 22/SVV/0729	Fraktionen SPD, B90/Grüne überweisen in KUM
7.39	Aufenthaltsqualität auf dem Alten Markt klimaanpassend weiterentwickeln 22/SVV/0730	Fraktion Bündnis 90/Die Grünen überweisen in SBWL, KUM
7.43	nachhaltige/erneuerbare Energiegewinnung in Potsdam 22/SVV/0739	Fraktion CDU überweisen in KUM, alle Ortsbeiräte
7.44	Behinderten- und radfahrerfreundlicher glatter Belag im Stadtzentrum 22/SVV/0740	Fraktionen SPD, DIE LINKE überweisen in KUM, SBWL
7.45	schrittweise Sanierung der Straßen und Gehwege in der Brandenburger Vorstadt, Potsdam-West und dem Kiewitt, sowie in der Berliner- und Nauener Vorstadt 22/SVV/0741	Fraktion CDU überweisen in SBWL, KUM
7.46	Stadteilvertretungen zur Intensivierung der Bürgerbeteiligung 22/SVV/0742	Fraktion CDU überweisen in HA, PTD
7.47	Fußgängerweg an der B2 Nedlitzer Straße von Bushaltestelle Am Pfingstberg bis zum Eingang Volkspark 22/SVV/0746	Fraktion CDU überweisen in KUM
11	Aufträge der Stadtverordnetenversammlung an den Oberbürgermeister	
11.2.1	6. Statusbericht zur Stadtteilentwicklung von Krampnitz 22/SVV/0707	Oberbürgermeister, Geschäftsstelle Bauen und Projekte überweisen in OBR Fahrland, Neu Fahrland, Groß Glienicke, HA

11.3.1	Stahnsdorfer Straße in eine Fahrradstraße umwandeln 22/SVV/0694	Oberbürgermeister, Fachbereich Mobilität und Infrastruktur überweisen in KUM
11.4.1	Armutsbericht für die Landeshauptstadt Potsdam 2022 22/SVV/0710	Oberbürgermeister, Fachbereich Soziales und Inklusion überweisen in GSWI, HA, JHA
11.5.1	Prüfung der städtischen Beteiligung am HBPG/BKG 22/SVV/0697	Oberbürgermeister, GB Bildung, Kultur, Jugend und Sport überweisen in KA, HA
11.7	Information über Arbeitsplätze für schwerbehinderte Menschen in den städtischen Betrieben - hier Punkt 3. gemäß Beschluss: 21/SVV/1047	Schreiben vom Oberbürgermeister vom 02.09.2022 mit der Berichterstattung zu den Punkten 1 – 3 überweisen in GSWI
11.8.1	Personalbedarfsanalyse 22/SVV/0785	Oberbürgermeister, Personal und Organisation überweisen in HA
11.11.1	Vorstudie für den Bau eines neuen Plenarsaals 22/SVV/0781	Oberbürgermeister, Zentrale Verwaltung überweisen in HA

KONSENSLISTE zur Tagesordnung der 31. öffentlichen / nicht öffentlichen Sitzung der Stadtverordnetenversammlung am 07. September 2022

7	Anträge	
7.4	Entwicklung eines Zukunftskonzeptes für das Potsdam Museum 22/SVV/0744	Fraktion CDU überweisen in KA
7.13	Local Cloud 22/SVV/0678	Fraktion Freie Demokraten überweisen in PTD, B/Sp.
7.17	Umsetzung Beschluss zum Klimanotstand 22/SVV/0602	Ortsbeirat Groß Glienicke überweisen in KUM
7.18	Lückenschluss Radweg Satzkorn - B 273 22/SVV/0611	Ortsbeirat Satzkorn überweisen in KUM
7.24	Regelmäßige Treffen der Fraktionsvorsitzenden mit der Verwaltungsspitze 22/SVV/0607	Fraktionen DIE LINKE, CDU, DIE aNDERE, Freie Demokraten überweisen in HA zur Erledigung
7.26	Bestand an sogenannten Garagenanlagen evaluieren 22/SVV/0679	Fraktion Freie Demokraten überweisen in SBWL, GSWI
7.27	Ausweisung der Straße Am Pflingstberg als Verkehrsberuhigter Bereich 22/SVV/0684	Oberbürgermeister, Fachbereich Mobilität und Infrastruktur überweisen in KUM
7.28	Aufhebung von Aufstellungsbeschlüssen zu Bebauungsplänen 22/SVV/0691	Oberbürgermeister, Fachbereich Stadtplanung überweisen in OBR Fahrland, SBWL
7.29	Zustimmung zum 1. Nachtrag zum städtebaulichen Vertrag zur Umsetzung von Planungszielen der 1. Änderung des Bebauungsplans Nr. 36-2 „Leipziger Straße / Brauhausberg“ Teilbereich Am Brauhausberg / Havelblick der Landeshauptstadt Potsdam – „Sondergebiet Museum“ 22/SVV/0692	Oberbürgermeister, Fachbereich Stadtplanung überweisen in SBWL
7.30	Änderung des Gesellschaftsvertrages der Klinikum Ernst von Bergmann gemeinnützige GmbH 22/SVV/0693	Oberbürgermeister, Beteiligungsmanagement und Strategische Steuerung überweisen in HA

7.32	Gefahrenabwehrbedarfsplan der Landeshauptstadt Potsdam 2022 bis 2026 22/SVV/0703	Oberbürgermeister, Fachbereich Feuerwehr überweisen in OS
7.37	Verbesserung der Querungssituation am Brandenburger Tor 22/SVV/0728	Fraktion SPD überweisen in KUM
7.38	Austausch Straßenbahnschienen in Gefahrenbereichen 22/SVV/0729	Fraktionen SPD, B90/Grüne überweisen in KUM
7.39	Aufenthaltsqualität auf dem Alten Markt klimaanpassend weiterentwickeln 22/SVV/0730	Fraktion Bündnis 90/Die Grünen überweisen in SBWL, KUM
7.43	nachhaltige/erneuerbare Energiegewinnung in Potsdam 22/SVV/0739	Fraktion CDU überweisen in KUM, alle Ortsbeiräte
7.44	Behinderten- und radfahrerfreundlicher glatter Belag im Stadtzentrum 22/SVV/0740	Fraktionen SPD, DIE LINKE überweisen in KUM, SBWL
7.45	schrittweise Sanierung der Straßen und Gehwege in der Brandenburger Vorstadt, Potsdam-West und dem Kiewitt, sowie in der Berliner- und Nauener Vorstadt 22/SVV/0741	Fraktion CDU überweisen in SBWL, KUM
7.46	Stadteilvertretungen zur Intensivierung der Bürgerbeteiligung 22/SVV/0742	Fraktion CDU überweisen in HA, PTD
7.47	Fußgängerweg an der B2 Nedlitzer Straße von Bushaltestelle Am Pflingstberg bis zum Eingang Volkspark 22/SVV/0746	Fraktion CDU überweisen in KUM
11	Aufträge der Stadtverordnetenversammlung an den Oberbürgermeister	
11.2.1	6. Statusbericht zur Stadtteilentwicklung von Kramnitz 22/SVV/0707	Oberbürgermeister, Geschäftsstelle Bauen und Projekte überweisen in OBR Fahrland, Neu Fahrland, Groß Glienicke, HA, KUM, SBWL

11.3.1	Stahnsdorfer Straße in eine Fahrradstraße umwandeln 22/SVV/0694	Oberbürgermeister, Fachbereich Mobilität und Infrastruktur überweisen in KUM
11.4.1	Armutsbereicht für die Landeshauptstadt Potsdam 2022 22/SVV/0710	Oberbürgermeister, Fachbereich Soziales und Inklusion überweisen in GSWI, HA, JHA
11.5.1	Prüfung der städtischen Beteiligung am HBPG/BKG 22/SVV/0697	Oberbürgermeister, GB Bildung, Kultur, Jugend und Sport überweisen in KA, HA
11.7	Information über Arbeitsplätze für schwerbehinderte Menschen in den städtischen Betrieben - hier Punkt 3. gemäß Beschluss: 21/SVV/1047	Schreiben vom Oberbürgermeister vom 02.09.2022 mit der Berichterstattung zu den Punkten 1 – 3 überweisen in GSWI
11.8.1	Personalbedarfsanalyse 22/SVV/0785	Oberbürgermeister, Personal und Organisation überweisen in HA
11.11.1	Vorstudie für den Bau eines neuen Plenarsaals 22/SVV/0781	Oberbürgermeister, Zentrale Verwaltung überweisen in HA